

## Der Energiewende fehlt der „Masterplan“

Die Energiewende ist mehr als eine technologische Herausforderung, sie ist eine gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe. Voraussetzung für ihre erfolgreiche Umsetzung ist, dass alle Akteure – Politik, Umweltverbände, Energie- und Agrarwirtschaft, Investoren, Kommunen und Planungsbehörden – zusammenarbeiten. Nur in einem breiten gesellschaftlichen Dialog können Konflikte um Biogasanlagen und Stromtrassen, Restlaufzeiten für Atomkraftkraftwerke und steigende Strompreise beigelegt werden, so das Fazit der 17. Konferenz für Planerinnen und Planer am 19. April in Nordrhein-Westfalen.

Rund 150 Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik und der raumplanerischen Praxis diskutierten im Duisburger Rathaus, wie beim Übergang zu erneuerbaren Energien die Ziele des Klima- und Umweltschutzes mit denen der Wirtschaftlichkeit in der Energieerzeugung und der Versorgungssicherheit von Unternehmen und der Bevölkerung in Einklang gebracht werden können. Da die Industrie- und Ballungsräume mit einem hohen Energiebedarf, wie z.B. das Ruhrgebiet, nicht in den Regionen liegen, in denen zukünftig mehr regenerative Energie erzeugt wird, wird die Speicherung und der Transport von Energie in Zukunft wichtiger. Darüber hinaus müssen auch die Anstrengungen und Investitionen zur Energieeinsparung weitergeführt werden und Maßnahmen wie z.B. die energetische Gebäudesanierung sozialverträglich gestaltet und mit den Anforderungen an barrierefreies Wohnen koordiniert werden. Da die Energiewende zahlreiche Lebensbereiche tangiert, ist eine gesellschaftliche Diskussion über eine faire Verteilung der finanziellen Lasten unabdingbar. Dr. Günther Horzetzky, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk Nordrhein-Westfalen: „Die Energiewende gelingt nur, wenn die Nebenbedingungen erfüllt sind!“

Im Hinblick auf eine breite Interessenberücksichtigung und eine faire Verteilung der finanziellen Lasten besteht bei der Bundesregierung noch Nachholbedarf. Manfred Fishedick vom Institut für Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal plädierte in diesem Zusammenhang für eine stärker dialogorientierte Mehrebenenpolitik, in der den Städten und Regionen als Umsetzungsebene und Impulsgeber eine zentrale Rolle zukommt. Prof. Hans-Peter Tietz von der TU Dortmund empfahl ein Zusammenspiel von gesamtstaatlichen Richtungsentscheidungen und konkreten, dezentral variierenden Lösungsansätzen. Martin Hennicke aus der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen forderte, bei der Energiewende den Instrumentenkoffer der Landesplanung stärker zu nutzen.

Die Konferenz wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), der Landesgruppe NRW der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und dem ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung organisiert. Sie hat gezeigt, dass die Energiewende trotz aller Schwierigkeiten und Zielkonflikte zahlreiche Chancen bietet, wenn es gelingt, alle Mitwirkenden und Betroffenen frühzeitig und aktiv einzubeziehen. Wegen ihrer Querschnittsorientierung und ressortübergreifenden Koordinierungsfunktion sollten die Landes- und Regionalplanung hierbei eine größere Rolle einnehmen. Nur so können die komplexen Herausforderungen der Energiewende integrativ, effizient und umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden.